

WZ Ganderkesee 28.07.2012

„Die alte Ausrede gilt nicht mehr“

UMFAHRUNG IG B 212 sieht das Land gefordert – Dürr: Straße wird nicht gewollt

Die IG B 212 sieht Chancen, dass gar keine Umfahrung von Delmenhorst gebaut wird. Entscheidend sei der Bundesverkehrswegeplan.

VON KARSTEN KOLLOGE

GANDERKESEE – Seit Jahren löst das Thema „Umfahrung von Delmenhorst“ bei vielen Ganderkeseern Sorgen aus. Wenn die ungeliebte Straße über Gemeindegebiet führe, dann, so fürchten sie, werde die Wohnqualität für etliche Ganderkeseer gravierend sinken. Doch: Nach Einschätzung der „IG B 212 freies Deich- und Sand-

hausen“ bestehen durchaus Chancen, dass gar keine Umfahrung gebaut wird. Die Kardinalfrage sei: Wird die Umfahrung in den neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 aufgenommen – oder nicht?

Bislang, so sagte IG B 212-Sprecher Uwe Kröll, versuche das Bundesverkehrsministerium, die Umfahrung von Delmenhorst mit Hilfe des § 6 Fernstraßenausbaugesetz zu verwirklichen, der auf einen unvorhergesehenen Verkehrsbedarf abziele. Doch dieser Versuch sei zum Scheitern verurteilt. Denn bis zum Ablauf des zurzeit noch gültigen, alten Bundesverkehrswegeplans im Jahr 2015 sei der erforderliche Planfeststellungs-

beschluss für die Umfahrung nicht zu schaffen. Mit anderen Worten: „Den Planern sind die Hände gebunden“ – es sei denn, die Umfahrung würde in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen.

An dieser Stelle, so Kröll weiter, komme das Land Niedersachsen ins Spiel. Denn: Hannover müsse seine Straßenbauprojekte jetzt selber beim Bund beantragen. Kröll: „Die Ausrede, dass man ja nur auf die Anordnung des Bundes tätig werden muss, gilt nicht mehr!“ Niedersachsen könne also jetzt selbst darauf hinwirken, ob die Umfahrung gebaut wird oder nicht.

Dazu sagte am Freitag der

FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Dürr, dass für ihn die Richtung klar sei: Die Ortsumfahrung Delmenhorst werde nicht gewollt, auch vom Land nicht. Das müsse dem Bund als potenziellem Bauherrn klar gemacht werden.

Zurzeit gebe es eine Liste des Landes mit allen bekannten Straßenbauprojekten mit Bundes-Charakter. Auch die Umfahrung Delmenhorst sei darin notiert. Dürrs Strategie: Niedersachsen solle, möglichst in Eintracht mit den Kommunen, gegen die Umfahrung argumentieren – mit dem Ziel, dass der Bund sie nicht in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufnimmt.